



Arguliner JuLis

August 2009

Jan Dörrenhaus

Die JuLis sind die politische Jugendorganisation der FDP. Sie sehen sich sowohl der Dachorganisation der FDP als auch ihren eigenen Positionen, welchem sie Überschrift „Humanistischer Liberalismus“ gegeben haben, verpflichtet. Sie setzen besonders im Bereich der gesellschaftspolitischen Fragen wie der Bürgerrechte durchaus einen anderen Fokus als die Mutterpartei. Dementsprechend ist es für sie schmerzhaft zu verfolgen, dass in diesen Bereichen die Piratenpartei Erfolge einfährt.

Um besagte Erfolge zurück in Richtung der eigenen Organisation zu holen, haben sie als Marschrichtung ausgegeben, die Existenz der Piratenpartei soweit möglich totzuschweigen, und – sofern dies nicht möglich ist – ihre Forderungen auf platten Populismus zu reduzieren um sich dann als die kompetentere und bessere Alternative präsentieren zu können.

In einem Punkt haben die JuLis absolut Recht: Wir liegen inhaltlich nicht sehr weit auseinander. Eine Kooperation wäre also durchaus denkbar. Es ist schade, dass den JuLis in diesem Fall ihre Organisation aber wesentlich wichtiger als ihre Inhalte zu sein scheint. Andernfalls hätten sie die Existenz der Piratenpartei nicht totschweigen müssen, sondern hätten sie als Argumentationshilfe benutzen können, um in ihrer eigenen Partei wie auch in der öffentlichen Wahrnehmung mehr Gehör zu finden.

Wir hingegen befürworten kein Totschweigen, weswegen an dieser Stelle explizit die vergangenen Verdienste der FDP um die Bürgerrechte anzuerkennen sind. Nur an dieser Stelle liegt der Hase im Pfeffer: Der aktuellen Organisation FDP – in welcher die JuLis eben nur der leicht zu ignorierende Jugendverband sind – trauen wir weitere Verdienste dieser Art aufgrund einer Aneinanderreihung von Enttäuschungen der letzten Jahre nicht mehr zu. Die FDP sieht – wenn sie nicht gerade als Teil einer Landes- oder Bundesregierung selbst die Bürgerrechte verletzt – solchen Verletzungen mit Widerworten aber tatenlos zu. Das als Folge dessen eine stetig wachsende Anzahl an jungen Leuten sich weder durch FDP und JuLis noch durch die übrigen Parteien oder Jugendorganisationen vertreten fühlt, müssen sie somit sich eigentlich als eigenes Versagen aufschreiben.

Um den Argumenten der Piratenpartei begegnen zu können haben die JuLis einen Arguliner herausgegeben, welcher die Positionen der Piraten zu erklären sucht, und deutlich machen soll, wie der Eindruck erweckt werden kann, dass die JuLis besser dazu geeignet sind, diese Positionen zu vertreten.

Der hier vorliegende Arguliner soll euch mit den Behauptungen der JuLis vertraut machen, und euch dabei helfen, diese zu entkräften. Ganz im Sinne

der Prinzipien unserer Partei ist dieser allerdings nicht geheim, und muss erst über wikileaks veröffentlicht werden, sondern ist für jedermann frei einsehbar.

I. Positionen der Piraten im Vergleich zu den entsprechenden JuLi-Positionen

a. Bürgerrechte

Wie die JuLis bereits in ihrem Arguliner beschrieben haben, sind in diesem Bereich unsere Positionen nahezu identisch mit denen der JuLis.

b. Geistiges Eigentum

Die JuLis stellen fest, dass sie sich zu dem Punkt in ihrem Wahlprogramm nicht geäußert haben, geben allerdings an, dass ihre Beschlusslage folgendes vorsieht:

„Gerade Internet und neue Medien haben die Möglichkeiten zur Teilhabe an Politik und Gesellschaft verbessert: Noch nie war es so einfach sich so schnell und so umfassend zu informieren wie heute. Es sind hohe Geschwindigkeit, ständige Verfügbarkeit und einfache Kopierbarkeit der Informationen und Daten, die jedoch auch neue Fragen aufwerfen.

Die Jungen Liberalen sprechen sich klar für den Schutz geistigen Eigentums auch im digitalen Bereich aus. Das im Urheberrecht verankerte Recht des Verbrauchers auf eine Privatkopie erworbener Medieninhalte darf nicht angetastet werden. Vielmehr sind technische Kopierschutzmaßnahmen, die eine Vervielfältigung unterbinden sollen, im Sinne des Verbraucherschutzes abzulehnen. Transparenz, offene Schnittstellen und Datenformate sind in diesem Sinne dienlich. Die Bereitstellung und Nutzung von urheberrechtlich geschützten Inhalten in Tauschbörsen geht über das Recht der Privatkopie hinaus und ist daher bei geschützten Werken unzulässig. Strickt abzulehnen ist der rechtsstaatswidrige Auskunftsanspruch Privater gegenüber Internet-Service-Provider zur Herausgabe von Nutzerdaten.

Die Jungen Liberalen fordern die Abschaffung des Kopierschutzumgehungsverbotes. Eine so genannte staatliche Kulturflatrate, durch die nach Zahlung eines Pauschalbetrags alle Lizenzansprüche abgegolten wären, lehnen die Jungen Liberalen entschieden ab.“

Was die JuLis hier nun eigentlich wollen, scheint ihnen selbst nicht ganz klar zu sein: Auf der einen Seite sind sie gegen Maßnahmen, wie Kopierschutz und Auskunftsanspruch gegenüber dem Internet Service Provider, auf der anderen Seite verurteilen sie die Raubkopie und sind gegen ein Kulturflatrate-Modell.

Eine Beibehaltung des Ist-Zustandes, in dem die Nutzer von Tauschbörsen im Netz juristisch verfolgt werden, und auf der anderen Seite die Kulturindustrie mit drastisch sinkenden Umsätzen zu kämpfen hat, kommt für die Piratenpartei allerdings nicht in Frage. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass mit einfachen rechtsstaatlichen Mitteln der illegalen Verbreitung von Kulturgütern wie Musik und Filmen nicht beizukommen ist. An einzelnen Individuen werden mit horrenden, völlig aus der Luft gegriffenen Strafsummen Exempel statuiert, während alle zwei bis drei Jahre der gegenwärtige Primus der Tauschbörsen geschlossen wird. Eine Wirkung des ganzen bleibt bisher aus; leichte Rückgänge im Bereich des Filesharings sind erst zu verzeichnen,

seit es gleichwertige legale Angebote gibt. Die Position der Piraten besagt, dass der ungehinderte Zugang zu Kulturangeboten aller Art im Netz etwas sehr wünschenswertes ist, erkennt allerdings gleichzeitig in vollem Umfang das Recht der Urheber auf eine angemessene Entlohnung ihrer Tätigkeit an.

II. Kritik an den Liberalen

In diesem Abschnitt präsentiert der Arguliner der JuLis einige in einen Satz gefasste angebliche Kritikpunkte an der FDP, mit einer anschließenden ausformulierten Antwort. Der hier vorliegende Arguliner wird auf diese Antworten antworten.

a. *„Die Liberalen sind immer nur für Steuersenkungen und sonst nichts!“*

Antwort: Die FDP ist kompetent in der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Jedoch ist sie auch immer schon die Partei der Bürgerrechte gewesen. Das heißt nicht, dass sie ohne Makel ist. In der Opposition hat sie sich jedoch neu aufgestellt (seit dem Leitantrag zum Thema Bürgerrechte auf dem Bundesparteitag in Köln 2005) und das Thema wieder in den Vordergrund gerückt (Kampagne Bürgerfreiheit, 2008; Bürgerrechte stehen an zweiter Stelle im FDP-Bundestagswahlprogramm).

Guido Westerwelle hat daher auch bereits 2007 in Interviews klargestellt, dass die Liberalen im Falle einer Regierungsbeteiligung Bürgerrechtseinschränkungen der Großen Koalition zurück nehmen werden.

Antwort auf die Antwort: Es grenzt schon an Zynismus, die von der FDP auf Landesebene wie auf Bundesebene mitgetragenen Bürgerrechtsverletzungen als „Makel“ abtun zu wollen. Ferner eint die Piraten, dass sie von den etablierten Parteien bei diesem Thema so weit enttäuscht sind, dass sie diesen in dem Bereich nichts mehr zu trauen. Vertrauen ist eben schnell verspielt. Und ebenso ist Vertrauen schwer zurück zu gewinnen. Es sei uns daher bitte zu verzeihen, dass wir solchen Ankündigungen mit größter Skepsis begegnen.

b. *„Beim Thema Bürgerrechte sind die Liberalen überhaupt nicht glaubwürdig!“*

Antwort: Das sind sie doch. Zwar gab es in der Kohl-Ära großer Fehler (Großer Lauschangriff, 1998), diese sind jedoch erkannt worden (Beschluss zur Abschaffung des Großen Lauschangriffs, 2005, erneut fast einstimmig beschlossen im Bundestagswahlprogramm 2009). Die FDP hat sich seither dem Thema angenommen und sich für den Schutz der Bürgerrechte eingesetzt. Dies zeigt sich insbesondere am Abstimmungsverhalten der Fraktion (Abgelehnt wurden Vorratsdatenspeicherung, BKA-Gesetz und Netzsperr; <http://www.abgeordnetenwatch.de/abstimmungen-346-0.html>). Würde es uns nur um Ämter und Posten gehen, hätte die FDP schon 2005 mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen in eine Regierungskoalition eintreten können.

Antwort auf die Antwort: Die Nennung der Ablehnung einer Koalition mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen ist scheinheilig. Bei dieser Ablehnung ging es doch überhaupt nicht um Bürgerrechte! Es ging um Wirtschafts- und sozialpolitische Fragen, bei denen Inkompatibilität zwischen der FDP und der zu dem Zeitpunkt bestehenden Regierungskoalition bestand. Im oppositionellen Abstimmungsverhalten ist der FDP in der Tat wenig vorzuwerfen. An der Stelle hört es allerdings auch auf. Nach der Ablehnung im Parlament ging man grundsätzlich zur Tagesordnung über. Und im Falle einer Regierungsbeteiligung wurden Bürgerrechtsbelange seit geraumer Zeit anderen Interessen untergeordnet. Tauriger Höhepunkt des Schauspiels, war dass Gerhart Baum gegen das von seinem Parteikollegen Ingo Wolf als Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen initiierte Verfassungsschutzgesetz zur Onlinedurchsuchung Verfassungsklage einreichen musste – und Erfolg hatte. Hierbei handelt es sich nicht um komische Geschichten aus der Vergangenheit, sondern um Geschehnisse aus dem Jahre 2008. Unter dem Gesichtspunkt erscheint die Beteuerung, dass nunmehr die FDP ihr Verständnis von Bürgerrechten wieder entdeckt hätte in der Tat nicht glaubwürdig.

c. *„Es gibt doch niemanden in der FDP, der die Bürgerrechte auch glaubwürdig vertritt!“*

Antwort: In der FDP gibt es ältere und jüngere Politiker, die für das Thema Bürgerrechte stehen. Das sind beispielsweise Burkhard Hirsch, Gerhard Baum, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Max Stadler, Gisela Piltz und Alexander Alvaro. Aber auch über diese Repräsentanten hinaus ist das Thema Bürgerrechte wieder breit in der Partei verankert: Bei der aktuellen Verfassungsbeschwerde von liberalen Politikern gegen die Vorratsdatenspeicherung ist neben den oben genannten und den JuLis z. B. auch ein Wirtschafts- und Finanzpolitiker wie Hermann Otto Solms dabei. Das zeigt, dass der Einsatz für Bürgerfreiheiten wieder aus allen Ecken der Partei vertreten wird.

Antwort auf die Antwort: Die Piraten behaupten nicht, dass es bei der FDP niemanden gäbe, der die Bürgerrechte glaubwürdig vertritt. Wir behaupten, dass diesen Politikern wahlweise nicht ausreichend Gehör verschafft wird, oder sich aus ihren Positionen ableitende Aktivitäten vollständig in einem „Nein“ im Parlament erschöpfen. Verletzungen der Bürgerrechte sind aber kein Thema, bei dem man achselzuckend zur Tagesordnung übergehen darf. Im Gegenteil, man muss alle rechtsstaatlichen Mittel dagegen in Bewegung setzen, von Verfassungsklagen unabhängig von zukünftiger Regierungsbeteiligung (siehe http://www.abgeordnetenwatch.de/joerg_behlen-180-24691--f202363.html#q202363), bis hin zu Demonstrationsaufrufen. Auch die FDP darf so etwas. Gerade die FDP muss so etwas, wenn sie wirklich in erster Linie eine freiheitliche Bürgerrechtspartei sein will.

d. *„Schaut mal was in den Bundesländern mit FDP-Regierungsbeteiligung alles gemacht wird!“*

Antwort: Auch in den Ländern wurde für die Bürgerrechte einiges erreicht. Man sollte aber nicht alles über einen Kamm scheren. Bei der Bundestagswahl geht es um die Bundespartei und ihre Fraktion. Die hat in Abstimmungen bewiesen, dass sie sich für die Bürgerrechte stark macht. Letztes Beispiel ist hier die Abstimmung über die Netzsperrern, hier hat die FDP – im Gegensatz auch zu den Grünen, bei denen es zahlreiche Enthaltungen gab – geschlossen gegen das Vorhaben der schwarz-roten Regierung gestimmt.

Antwort auf die Antwort: Stark genug um als Opposition gegen die Regierung zu stimmen ist die FDP in der Tat. Auch die Piratenpartei hat daran keinen Zweifel. Woran die Piratenpartei zweifelt, ist die Entschlussfestigkeit der FDP angesichts eines lockenden Koalitionsvertrages mit dem Lieblingspartner und großer ministerieller Regierungsbeteiligung.

e. *„Selbst wenn die FDP für Bürgerrechte stünde, in eurer Wunschkoalition mit der Union würdet ihr doch sowieso einknicken!“*

Antwort: Die FDP hat bisher keine Koalitionsaussage beschlossen. Diese wird es erst eine Woche vor der Wahl geben. Wir werben für unser Programm. Die Bundesregierungen in Deutschland sind immer Koalitionsregierungen mit einer großen und mindestens einem weiteren kleineren Partei. Auch wenn es im Falle eines Wahlsiegs wohl auf eine Koalition mit der Union hinausläuft, kommt es darauf an, die FDP so stark wie möglich zu machen, damit sie möglichst viel von ihrem liberalen Programm umsetzen kann. Jede Stimme für die FDP ist eine Stimme für die Bürgerrechte! Denn: Den Raubbau an den Bürgerrechten hat Rot-Grün (unter Innenminister Schily) eingeleitet, die SPD hat jüngst auch den Netzsperrern zugestimmt. Es kommt also nicht auf den Koalitionspartner, sondern auf das Ergebnis der FDP an. Klar ist: Die Liberalen treten nur dann in eine Regierung ein, wenn zentrale Bürgerrechtseinschränkungen zurück genommen werden.

Antwort auf die Antwort: Der letzte Satz ist nicht glaubwürdig, aufgrund der in den anderen Punkten angeführten Beobachtungen. Der Rest der Argumentation beruht auf einem Fehler: Die Piratenpartei befürchtet ein Einknicken des Willens der FDP in einer Regierungskoalition. Die Union wurde in diesem Satz dazuerfunden. Somit ist die Argumentation hinfällig.

f. *„Beim Thema Filesharing und Raubkopien erkennt die FDP die Realität!“*

Antwort: Nur weil etwas häufig praktiziert und schwer zu verfolgen ist, ist es nicht gleich in Ordnung. Der Großteil der Autofahrer hält sich nicht ans Tempolimit. Trotzdem würde niemand fordern, dass es keins mehr geben soll! Geistigen Eigentum und reales Eigentum sind für uns Ausdruck der menschlichen Individualität und Schaffenskraft und dürfen nicht grundlos vergemeinschaftet werden.

Antwort auf die Antwort: Auf zu schnell fahrende Autofahrer wird auch nicht mit Nummernschildscans und Zeitdifferenzberechnungen Jagd gemacht. Und

an zu schnell fahrenden Autofahrern geht auch keine Kulturindustrie zugrunde. Insofern ist nicht alles, was hinkt, ein Vergleich. Ansonsten wurde auf die hier getätigten Aussagen schon hinreichend in Kapitel I b eingegangen.

g. „Bei der FDP sind doch auch nur ‚Internet-Ausdrucker‘!“

Antwort: Die FDP ist eine moderne Partei, die schon früh die Chancen des Internets für die Politik erkannt hat (Online-Beteiligung am Wahlprogramm, YouTube-Channel der Fraktion). Für die JuLis ist die Nutzung des Internets politisch und privat völlig selbstverständlich. Wir wissen worüber wir reden!

Antwort auf die Antwort: Wie sind solche Aussagen damit vereinbar, dass auf der JuLis-Homepage weder ein Forum, noch ein Chat, eine Mailingliste, ein Wiki oder dergleichen zu finden sind? Wie sind sie damit vereinbar, dass unter fast keinem der Newseinträge auf besagter Homepage auch nur ein einziger Kommentar zu finden ist?

Das moderne Internet besteht aus mehr als unidirektionalen Services wie Youtube.

III. Kritik an der Piratenpartei

a. Die Piratenpartei hat den Charme der Außerparlamentarischen Opposition (APO), aber auch ihr Durchsetzungsvermögen!

Antwort: Wenn etwas Neues auf den Markt kommt, ist es meistens interessant. Im politischen Raum besonders dann, wenn es gegen den „Mainstream“ oder das „Establishment“ gerichtet ist. Die Piratenpartei bedienen sich dieser Mechanik, genau wie es die Grünen nach ihrer Gründung 1980 getan haben. Wer nicht „drin“ ist, kann natürlich ordentlich Kritik austeilen, kann aber eben auch nichts durchsetzen. Selbst 134.014 Unterzeichner der Online-Petition gegen die Internetsperre haben die Große Koalition nicht gestört. Etwas ändern kann nur der, der erfahren und vor allem in der Regierung ist!

Antwort auf die Antwort: Diese Antwort ist etwas konfus. Wenn ich sie aber richtig verstehe, so will man hier zum Ausdruck bringen, dass wenn schon 134.014 Unterzeichner der Online-Petition ignoriert werden, dass dann eine Kleinpartei wie die Piraten sowieso kein Gehör finden. Allerdings hat auch die FDP nur etwa 66.000 Mitglieder. Diese müsste also genauso auf taube Ohren stoßen.

b. Die Piratenpartei ist gerade ‚in‘!

Antwort: Die Piratenpartei ist zwar eine Partei, aber sie ist vor allem auch eine Protestbewegung. Junge Leute, die mit dem Internet aufgewachsen sind, fühlen sich nicht ernst genommen und unverstanden. Es geht nicht unbedingt um Politik, es geht darum, den „Alten“ und „Internet-Ausdruckern“ eins auszuwischen.

Antwort auf die Antwort: Spätestens an dieser Stelle kann von einer Argumentation seitens der JuLis nun wirklich keine Rede mehr sein, sondern sie bedient sich polemischer Unterstellungen. Schade, dass sie das nötig hat.

- c. *Warum Piratenpartei, wenn ich Bürgerrechte plus ein durchdachtes, freiheitliches Programm für alle anderen Politikfelder von der FDP bekommen kann?*

Antwort: Ja, das fragen wir uns auch. Jede Stimme für die Piratenpartei ist eine verschenkte Stimme.

Antwort auf die Antwort: Ich dachte, wir wollten hier etwas vermeintlich Positives über die Piratenpartei sagen, und es anschließend entkräften? Na ja, sei's drum. Ab hier folgt nur noch jeweils ein negativer Satz über die Piratenpartei, der anschließend ausformuliert wird. So wirklich Gedanken über die Struktur eures Dokuments habt ihr euch nicht gemacht, oder?

Wenn die JuLis diese Frage nicht beantworten können, hätten sie sie vermutlich besser nicht in ihre Liste aufnehmen sollen, zumal wohl kein politisch unentschlossener diese Frage jemals so stellen wird. Wir beantworten diese Frage jedenfalls gerne: Piratenpartei, weil unser Programm zwar eingeschränkt ist, aber wir aufgrund unserer politischen Unverbrauchtheit das deutliche Potential haben, dieses auch umzusetzen, was auch bei einer ehemals freiheitlichen Partei wie der FDP nicht mehr gegeben ist.

Danke für die Steilvorlage. Ferner ist die Mär von der verschenkten Stimme schon immer ein probates Mittel der etablierten Politik gewesen, um den Wähler von kleinen Parteien abzuschrecken, ohne dass dieser sich ernstlich mit deren Inhalten auseinander setzt. Wir sind zuversichtlich, dass diese alte Masche dieses Mal nicht mehr zieht.

- d. *Die Piraten Partei hat mit Bürgerrechte, Geistiges Eigentum und ein bisschen Bildung gerade mal 2 ½ Themen!*

Antwort: Zuerst wollte die Piratenpartei ihre Anliegen nicht verwässern, jetzt überlegt sie doch weitere Programmatik zu entwickeln. Und wenn sie in die Regierung kommen würden, würden sie nach eigener Aussage abgesehen von den 2 ½ Themen die Positionen der anderen übernehmen (<http://www.youtube.com/watch?v=-8QHicuTBV0&feature=related>). Damit kann man wohl kaum die drängenden Probleme in Deutschland lösen (Klimawandel, Finanz- und Wirtschaftskrise, etc.).

Antwort auf die Antwort: Anders als die etablierten Parteien versuchen wir zu dieser Wahl nicht in Themenbereichen zu punkten, in denen wir über keinerlei Sachkenntnis verfügen. Insofern ist die Aussage natürlich richtig, dass drängende Probleme wie Klimawandel, Finanz- und Wirtschaftskrise etc. damit nicht gelöst werden können. Wenn die FDP die Kompetenz hat, diese Probleme zu lösen, dann ist sie für uns ein idealer Koalitionspartner. Denn wir wollen Lösungen in den 2 ½ drängenden Problemen Deutschlands herbeiführen, die von den etablierten Parteien – inklusive der FDP – bisher sträflich

vernachlässigt oder dilettantisch gehandhabt werden. Somit würden wir uns perfekt ergänzen.

e. Die Piratenpartei würde nach eigener Aussage mit allen Parteien koalieren!

Antwort: Der FDP vorhalten, sie würde mit der Union koalieren wollen und dann ihr gegenüber auf jeden Fall bei den Bürgerrechten einknicken, aber selbst keine Option für eine Regierungsbeteiligung ausschließen wollen (<http://www.youtube.com/watch?v=bKY32TtjMH0&feature=related>). Auch nicht mit der Union. Ein wenig inkonsequent, oder?

Antwort auf die Antwort: Auf selbst erfundene Anschuldigungen antwortet es sich doch immer noch am leichtesten. Unser Vorwurf ist, dass die FDP aufgrund ihrer Fehltritte der letzten Jahre ihre Glaubwürdigkeit bezüglich ihrer Standhaftigkeit komplett eingebüßt hat. Der Koalitionspartner spielt dabei kaum eine Rolle.

f. Die Piratenpartei will das Urheberrecht faktisch abschaffen und Spezialwissen enteignen!

Antwort: Die Piratenpartei schießt mir Ihrer Position über das Ziel hinaus. Sie will das Urheberrecht im nicht-kommerziellen Bereich faktisch abschaffen und im kommerziellen Bereich vergesellschaften. Dies kommt einer Enteignung gleich. Der Urheber kann dann nicht mehr frei über seine Schöpfung verfügen, er muss sich bevormunden lassen. Der Anreiz etwas zu erschaffen und damit auch für Innovationen und Wirtschaftswachstum zu sorgen, geht verloren.

Antwort auf die Antwort: Kein Konzern der Welt würde es tatenlos mit ansehen, wie sich die einzelnen Zweigstellen gegenseitig horrendes Patent- und Lizenzgebühren abknöpfen. Genau dies ist allerdings im Bereich der öffentlichen Forschung gang und gäbe. Der Mutterkonzern ist in diesem Fall der Staat als Geldgeber, welcher die Forschung mit Steuergeldern finanziert. Das aus der Forschung resultierende Patent landet allerdings anschließend nicht beim Staat, welcher für die Forschung bezahlt hat. Stattdessen behält das Forschungsinstitut das Patent für sich ein, und alle anderen Forschungsinstitute müssen an dieses hohe Lizenzkosten zahlen.

Die öffentlich finanzierte Forschung existiert, um Forschungen in Bereichen vorantreiben zu können, die für kommerzielle Forschung primär nicht profitabel erscheinen. Wenn diese Forschung aber von der Öffentlichkeit finanziert wird, sollten ihre Ergebnisse auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

Behauptungen, dass die Piratenpartei das Urheberrecht faktisch abschaffen wolle oder die Urheber enteignen wolle, sind somit nichts weiter als diffamierende Unterstellungen, die keiner genaueren Betrachtung stand halten.

g. Die Piratenpartei verkauft eine Emnid-Umfrage zu ihren Gunsten, um den Anschein zu erwecken, sie wäre schon fast im Deutschen Bundestag!

Antwort: Die Piratenpartei behauptet, bei einer Umfrage 6% bekommen zu haben, obwohl sie 58% der Menschen noch gar nicht kennen. Richtig ist, dass es eine seriöse Umfrage von Emnid war, jedoch wurde nicht nach der Wahlentscheidung gefragt („Sonntagsfrage“), sondern ob man sich vorstellen könne, die Piratenpartei zu wählen. Bei solchen Potential-Umfragen bekommt die FDP 20-40%. Es bleibt also dabei: Wer seine Stimme für die Bürgerrechte abgeben will, muss FDP wählen damit seine Stimme nicht verschenkt ist!

Antwort auf die Antwort: Die genannten Fakten sind korrekt, nicht jedoch die daraus gezogenen Schlüsse. Wenn 58% uns noch gar nicht kennen, bedeutet das für uns zunächst, dass wir noch jede Menge Wählerpotential zum erschließen haben. Es ist davon auszugehen, dass der entsprechende Prozentsatz bei der FDP bei 0% liegen dürfte. Dementsprechend drängt sich doch die Frage auf, wie hoch dieses Potential-Ergebnis ist, wenn die Piratenpartei erstmal diesen noch fehlenden Leuten bekannt ist, und diesen sowie denjenigen, die uns schon kennen auch wirklich bekannt ist, wofür wir einstehen? Da sind geschätzt Werte von 20-40% für die Piratenpartei genauso realistisch.

Zur Hui-Buh-Geschichte der verschenkten Wahlstimme wurde schon etwas geschrieben. Es ist schade und zu einem gewissen Grade auch demaskierend, dass die JuLis sich hier solcher althergebrachten Methoden zum Verschrecken der Wähler von Kleinparteien bedienen müssen.